



Die Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft ist unerlässlich

Der Glaube an eine Gesellschaft, in der ‚die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung der Freiheit aller‘ ist, bedeutet ein kompromissloses Festhalten an den Gründungsurkunden der Demokratie, insbesondere der UNO-Menschenrechtscharta. Die freiheitlichen Grundrechte sind unverzichtbar und müssen in jeder Gesellschaft neu verteidigt werden. Dafür unerlässlich ist in den alternativen Entwürfen die Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Wer ein solches Primat schon einmal erlebt hat, hält die Forderung weder für naiv noch für unrealistisch. Die Lehre aus dieser Erfahrung besteht vielmehr

darin, dass sich eine Politik, die ein Primat beansprucht, permanent demokratisch legitimieren muss. Diese Legitimation bekommt sie weder vom Politbüro noch vom Markt. Gerade weil die Produktionsweise das bestimmende Element des Lebens ist, müssen ihre Regeln vom Souverän erlassen werden.

Als Ergebnis wird eine Ökonomie mit vielfältigen Eigentumsformen beschrieben, die eine neue Balance zwischen Markt und Plan findet, weder zentralistisch noch dereguliert ist. Volkswirtschaften werden nicht vorrangig mit betriebswirtschaftlichen Anreizen gelenkt. Die Kon-

trolle und Besteuerung der internationalen Finanzmärkte und Konzerne würde auch berücksichtigen, dass alles umweltzerstörende Wachstum unser Überleben ernsthaft in Frage stellt. Preise hätten den Naturverbrauch zu berücksichtigen. Den Sinn des biblischen Zinsverbotes neu zu bedenken würde auch bedeuten, Visionen aus der Humanwirtschaftslehre zu prüfen. Wäre die Zinslogik des Kapitals gebrochen, ließe sich Wachstum verwandeln vom Umsatz in Umsetzen. Ein Umsetzen von Ideen in Bildung, Kultur und Forschung.

(Daniela Dahn: Wehe dem Sieger! S. 279)

Wortspiele

Du reichst mir,
 sagt die Gekränkte zu dem,
 dem sie einmal die Hand reichte.
 Du machst mich reich,
 wenn Du mich erreichen könntest,
 antwortet dieser.
 Reichtum erreichen macht reich,
 ist das Gesetz der Welt.
 „Mein Reich ist nicht von dieser
 Welt“,
 lehrte als Reichtum ein Rabbi.

Christoph Körner

Vereinte Nationen: Rohstoffe als Kriegsursache nicht weiter ausblenden

aus dem Newsletter des
Rates für nachhaltige
Entwicklung (05. März 2009)

In den vergangenen sechzig Jahren war in vier von zehn zwischenstaatlichen kriegerischen Konflikten der Zugang zu natürlichen Ressourcen ein Streitgrund. In Friedensabkommen spielt der Kampf um Rohstoffe als Kriegsgrund bisher aber kaum eine Rolle. Viele beigelegte Konflikte flammen nach Einschätzung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) daher wieder auf. UNEP-Experten fordern deshalb ein grundlegendes Umdenken beim Entschärfen von Konflikten.

Weitere Informationen unter
www.nachhaltigkeitsrat.de/index.php?id=4383

Dieses Argument für unsere Überzeugung der Vergesellschaftung der Einkommen aus Grund und Boden wurde von Ralf Becker gefunden.

Befreit uns vom Kapitalismus!

SZ-Leser diskutieren über die
Zukunft des Kapitalismus

„Kapital ist zinstragendes Eigentum, Kapitalist derjenige, der ein solches Eigentum besitzt (und damit Einkünfte aus der Arbeit anderer erzielt) und Kapitalismus ein Wirtschaftssystem, in dem die Bedienung des Kapitals Vorrang hat vor allen anderen Einkünften. Insofern trifft der von Nikolaus Piper zitierte Oskar Lafontaine ziemlich ins Schwarze, der Kapitalismus mit den ‚gesellschaftlichen Machtverhältnissen‘ gleichsetzt, Machtverhältnisse, die die katholische Soziallehre – wie auch immer gedacht – durch eine Gleichstellung von Kapital und Arbeit überwinden wollte.

In welchem Maße sich diese Machtverhältnisse in den letzten Jahrzehnten verschoben haben, zeigt ein Vergleich zwischen den unterschiedlichen Entwicklungen von Bruttoinlandsprodukt (BIP), Nettolöhnen und Geldvermögen in Deutschland: Nach den Zahlen der Bundesbank in Prozenten umgerechnet, nahmen das BIP von 1991 bis 2007 um 58 Prozent und die Nettolöhne um 30 Prozent zu, die Geldvermögen jedoch um 157 Prozent!

Zu einer stabilen Wirtschaftsord-

nung werden wir nur dann kommen können, wenn die zinsbedingte ‚Selbstalimentation der Geldvermögen‘, wie das die Bundesbank bereits 1993 einmal bezeichnete, zum Stillstand kommt. Das ist jedoch nur möglich, wenn der Zins, als Knappheitspreis und -gewinn des Geldes, den gleichen Marktmechanismen unterstellt wird, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist: Das heißt, die Renditen aus Geldvermögen müssen mit den Sättigungen in der Wirtschaft – genauso wie die Gewinne – marktgerecht gegen null absinken!

Wie das zu erreichen ist, hat der jetzt wieder zu Ehren kommende John Maynard Keynes in seiner ‚Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes‘, anlehnend an den Sozialreformer Silvio Gesell, bereits 1936 beschrieben: Eine Umlaufsicherung des Geldes durch carrying costs (Durchhaltekosten), würde, wie Keynes wörtlich schreibt, ‚den sanften Tod des Rentiers bedeuten und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.‘ Es geht also nicht um eine ‚Rettung des Kapitalismus‘, sondern um dessen Unterordnung unter die Marktkräfte und damit um die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus!“

Helmut Creutz

